



Foto: Keystone/EPA, Chiema Moyra/Photo

ENTWICKLUNGSHILFE DER VEREINTEN NATIONEN

GEMEINSAM GEGEN TRUMPS KAHLSCHLAG

Budgetkürzungen, Trumps politische Entscheidungen, Klimawandel, Kriege: Die Vereinten Nationen wollten bei der Konferenz in Sevilla die Rückschläge in der Entwicklungshilfe abfangen, wagten aber nur vage Reformen – Experten kritisieren auch die Schweiz

Manuel Meyer

Der internationalen Gemeinschaft sei in Sevilla ein kraftvoller Schub für eine gerechtere Welt gelungen, so die Einschätzung von Deutschlands Entwicklungsministerin Reem Alabali Radovan. Bei der vierten internationalen UN-Konferenz Anfang Juli ging es um nichts Geringeres als die Rettung der globalen Entwicklungszusammenarbeit. Über 60 Staats- und Regierungschefs sowie mehr als 4000 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, von internationalen Organisationen und Entwicklungsbanken verhandelten in der südspanischen Metropole vor dem Hintergrund der angespannten weltpolitischen Lage und des Rückzugs der USA

als grösster Geldgeber für internationale Entwicklungshilfe über neue Wege, um die wachsende Finanzierungslücke zu schliessen und die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen.

Schlimmes Verhältnis

Zwei von fünf Menschen auf der Welt würden in Ländern leben, die mehr für die Finanzierung ihrer Schulden als für Bildung und Gesundheit ausgeben müssten, sagte Spaniens Ministerpräsident und Gastgeber des UN-Gipfels Pedro Sánchez. Deshalb forderte er alle Teilnehmerländer auf, mutig zu handeln, um in «Zeiten tiefgreifender Unsicherheit und wachsender geopolitischer

Spannungen die Flamme der Hoffnung am Leben zu erhalten und eine bessere Welt» aufzubauen.

Zu den Themen Mobilisierung öffentlicher Entwicklungsgelder und Förderung privater Investitionen wurde eine Einigung erzielt. Es ging um internationale Steuerkooperation sowie die Lösung der Schuldenkrisen im Globalen Süden. Das Abschlussdokument, die sogenannte Verpflichtung von Sevilla, enthalte denn auch viele wichtige Entscheidungen, die grosse Reform sei aber ausgeblieben, bedauert Patrik Berlinger, Leiter für politische Öffentlichkeitsarbeit bei der Entwicklungsorganisation Helvetas.

Am Tisch mit dem spanischen König Felipe VI. und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen – ein Essen während der UN-Konferenz in Sevilla.

Tatsächlich sei die «Verpflichtung von Sevilla» mehr von vagen und unverbindlichen Empfehlungen geprägt als von der Festlegung konkreter Reform- und Finanzierungsprozesse. Es fehle an politischen Ambitionen und an klaren Umsetzungsfahrplänen. «Angesichts der aktuellen Weltlage und der geopolitischen Turbulenzen ist es zwar erfreulich, dass überhaupt ein Kompromiss gefunden werden konnte. Es ist aber ganz klar nur ein Kompromiss», so der Experte der Schweizer Organisation für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, die in über 35 Ländern in Asien, Afrika und Lateinamerika tätig ist. «Wir hätten uns ein klares Bekenntnis zur Regelung der internationalen Steuerpolitik im Rahmen der UNO gewünscht», erklärt Berlinger.

Auch für Dominik Gross vom Schweizer Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik Alliance Sud leiten die Beschlüsse von Sevilla nicht die dringen-

de Trendwende ein, die es gebraucht hätte, um die Probleme und die Finanzierungslücken der globalen Entwicklungshilfe anzugehen. Es habe bei den Verhandlungen zum Thema Steuern zwar gute Ansätze zur progressiven Besteuerung multinationaler Konzerne, von Privatvermögen und Klimawandel gegeben. Doch eines der grössten Probleme, die hohe Verschuldung vieler Länder des Globalen Südens, werde vor allem durch die Blockade der EU und auch der Schweiz nicht mit griffigen Projekten angegangen, so Gross. Und das, obwohl beinahe die Hälfte der Weltbevölkerung, wie die UNO selbst festhalte, in Ländern lebe, die mehr Steuermittel für ihre Zinsschulden aufwenden müssten, als sie für Bildung oder die Gesundheit ihrer Bevölkerung einsetzen könnten.

Gleiche Ursachen

Gross und Berlinger sehen das Fehlen verbindlicher Zusagen für eine UN-Schuldenkonvention nicht als Einzige kritisch. Selbst der Vatikan spricht davon, dass die finanziellen Schulden der Länder des Globalen Südens und ökologische Schulden des Globalen Nordens mit Blick auf die Klimakrise zwei Seiten der gleichen Medaille seien, geprägt

durch eine lange Geschichte von Ausbeutung, Machtungleichheit und strukturellen Abhängigkeiten.

So waren sich im Grunde auch alle UN-Mitgliedstaaten der Dringlichkeit konkreter und mutiger Massnahmen bewusst. Gleich zu Beginn der viertägigen Konferenz rief UN-Generalsekretär António Guterres die teilnehmenden Staats- und Regierungschefs dazu auf, den «Entwicklungsmotor wieder anzuwerfen». Denn der ist tatsächlich mehr als ins Stottern geraten. Vor allem durch die wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie und die zunehmenden Auswirkungen der Klimawandels hat sich der Finanzbedarf ärmerer Entwicklungsländer aus dem Globalen Süden laut jüngsten Untersuchungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa (OECD) seit 2015 um mehr als ein Drittel erhöht. Unterdessen gehen die Budgets für Entwicklungshilfe vieler Länder im Zuge der von den USA eingeleiteten internationalen Handelskriege sowie der militärischen Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten sogar noch weiter zurück. Darunter befinden sich wichtige Geldgeberländer wie Deutschland, Frankreich, Schweden und die Schweiz. ▶



Unterstützung für den Globalen Süden: Demonstranten warben am Konferenzort in Sevilla für einen Schuldenerlass für die ärmsten Länder.

Erst im Dezember kürzte der Bund die Gelder für Entwicklungszusammenarbeit um 110 Millionen Franken und plant für das kommende Jahr, erneut den Sparstift anzusetzen. Konkret sollen dazu Schweizer Entwicklungsprogramme für Albanien, Bangladesch und Sambia zählen sowie die Beiträge an UN-Organisationen. Dadurch wird die Schweiz die UN-Entwicklungs- und -Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 auch weiterhin verfehlen. 2015 hatten sich die Vereinten Nationen auf 17 Nachhaltigkeitsziele geeinigt, die sie bis 2030 verwirklichen wollen. Neben der Bekämpfung von Armut und Hunger gehören dazu der Zugang zu bezahlbarer und sauberer Energie und Wasser, nachhaltiger Konsum, Ernährungssicherheit, Bildung und Gesundheit, Gleichberechtigung der Geschlechter, globaler Umweltschutz und menschenwürdige Arbeit.

Mit Blick darauf verpflichteten sich alle Mitgliedstaaten dazu, 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsproduktes für die Entwicklungshilfe aufzuwenden. Doch die meisten Länder sind von diesem Ziel weit entfernt. Global wurden bisher nicht einmal 15 Prozent sämtlicher Ziele der Agenda 2030 erreicht. Mit den neuen Kürzungen gebe die Schweiz nur noch 0,38 Prozent ihres Budgets für die internationale Entwicklungshilfe. «Das ist völlig ungenügend für ein so reiches Land», konstatiert Finanzexperte Dominik Gross von Alliance Sud.

Anstatt mehr öffentliche Gelder für die Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, sei die Schweiz in Sevilla, so Gross, zudem als «eine der letzten Verfechterinnen des Billions to Trillions-Ansatzes aufgefallen», mit dem die Privatisierung der Entwicklungszusammenarbeit seit der dritten UN-Entwicklungshilfekonferenz 2015 in Addis Abeba beschleunigt werden sollte. «Es hat sich jedoch herausgestellt, dass dieser Ansatz bei Weitem nicht die damals erhoffte Summe mobilisieren konnte. Trotzdem setzt die Schweiz bis heute keine anderen Prioritäten. Beim Thema Schulden stellte sie sich während der Verhandlungen vor der Konferenz auf die Seite der Gläubiger aus dem Norden und vertritt damit die Interessen der privaten Schweizer Gläubiger wie UBS oder Glencore», kritisiert Dominik Gross.

Laut dem OECD-Bericht dürfte die weltweite Entwicklungshilfe 2025 mit einer Grössenordnung zwischen 9 und 17 Prozent den gewaltigsten Rückgang aller Zeiten erleben. UN-Generalsekretär Guterres sprach von einem immer grösser werdenden Finanzloch, das nur mit jährlich zusätzlichen vier Billionen US-Dollar gestopft werden könne. Diese Summe aufzutreiben wird aber immer schwieriger.

Trumps Kürzungen könnten Leben kosten

Vor allem, nachdem US-Präsident Donald Trump am Dienstag vergangener Woche die US-Entwicklungshilfebehörde USAID dicht machte. Nachdem der polemisch argumentierende US-Präsident bereits Anfang des Jahres bei seiner Rückkehr ins Weisse Haus rund 80 Prozent sämtlicher US-Entwicklungsprojekte zunächst für 90 Tage auf Eis gelegt hatte, löste er die US-Entwicklungshilfebehörde USAID nunmehr offiziell komplett auf. Nicht wenige vermuten, Trump habe diesen Schritt bewusst während des UN-Gipfels vollzogen, dessen Abschlussdokument er nicht unterstützt. Trump schickte nicht einmal eine Dele-

gation zum UN-Gipfel nach Sevilla. Die Nachricht war für die 60 in Sevilla anwesenden Staats- und Regierungschefs somit keine Überraschung. Mit Sicherheit aber ein herber Rückschlag für das primäre Konferenzziel, die zunehmenden Finanzierungslücken in der Entwicklungshilfe zu stopfen. Die USA waren mit rund 65 Milliarden US-Dollar (2023) weltweit in der Vergangenheit das mit Abstand grösste Geberland in der Entwicklungszusammenarbeit.

Trumps Rotstiftpolitik hat auch Auswirkungen auf die Arbeit Schweizer NGOs, deren Projekte teils vom USAID mitfinanziert wurden. Wegen des Zahlungsstopps können nun teilweise Löhne des Personals von Schweizer Projekten nicht mehr bezahlt werden. Das Hilfswerk der Evangelischen Kirchen Schweiz hat bereits angekündigt, hundert lokale Mitarbeiter entlassen zu müssen. Die Organisation Terre des Hommes mit Sitz in Lausanne sieht sich gezwungen, in neun Ländern insgesamt 440 Stellen zu streichen. Der Schritt der US-Regierung sei «dramatisch» und «beispiellos» und habe, um nur ein Beispiel zu nennen, ganz konkret zur Folge, dass



Foto: Reuters/AP Photo/Marc Schaeffelin

Medizinische Hilfe in Sambia, die auch von der Schweiz mitfinanziert wird und jetzt massive Kürzungen erfährt.



Foto: Sean Sprague/Alamy Stock Foto

in einem Flüchtlingslager für Rohingya in Bangladesch das Wasser nicht mehr aufbereitet werden könne, so Terre des Hommes.

Trumps Entschluss wird für die Ärmsten der Armen dramatische Folgen haben. Laut einer ebenfalls in der letzten Woche veröffentlichten Studie der Fachzeitschrift «Lancet» könnte der Rückzug der USA aus der internationalen Entwicklungshilfe bis 2030 mehr als 14 Millionen Menschen das Leben kosten, darunter über 4,5 Millionen Kinder im Alter von unter fünf Jahren.

Gegenpol zu Trump

So wertete vor allem Konferenz-Gastgeber Pedro Sánchez die «Verpflichtung von Sevilla» als eine Art globalen Gegenpol zu Trumps «America First»-Prinzip. Den UN-Gipfel bezeichnete er als einen Erfolg der internationalen Gemeinschaft für mehr «Multilateralismus, Zusammenarbeit und gemeinsame Verantwortung». Allein die Tatsache, dass die UN-Staaten trotz der globalen Konflikte und Krisen ein gemeinsames Abschlussdokument vereinbart hätten, müsse als Erfolg angesehen werden, der zudem zeige, dass der Multilateralismus trotz Trump noch nicht tot sei, meint Patrik Berlinger von Helvetas.

Proteste an der Konferenz gegen die grossen Streichungen bei der US-Entwicklungshilfe USAID.

Natürlich sei es erfreulich, dass sich alle UN-Mitgliedstaaten mit Ausnahme der USA auf ein Schlussdokument hätten einigen können, findet auch Dominik Gross von Alliance Sud. «Wir haben es hier aber mit einem Multilateralismus des «Wall Street Consensus» zu tun: Die Interessen des Kapitals kommen zuerst.» Die Länder des Globalen Südens hätten immer noch keinen Platz am Tisch. Dem Experten zufolge gibt es «keine einzige Passage im Dokument, die wirklich eine verbindliche Verpflichtung zu einem inklusiven, demokratischen Multilateralismus enthält, der garantieren würde, dass alle Länder der Welt gleichberechtigt über Steuer- und Schuldenfragen oder die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit verhandeln können».

Bisher leuchtet die von Pedro Sánchez in Sevilla geforderte «Flamme der Hoffnung» nur schwach in der Dunkelheit weltweit düsterer Nachrichten: Wenn es so weitergeht wie bisher, werden im Jahr 2030 laut der UN noch immer 575 Millionen Menschen in grosser Armut leben und mehr als 600 Millionen hungern. ■